

heitsmaßregeln die Rede ist, die in steuerlicher Beziehung an den Geräthen, in welchen werthloser Lutter sich ansammelt, in so äußerst vorsichtiger umständlicher Weise (obgleich sie den Gewerbetreibenden lästig sind) getroffen werden, (vergl. II. S. 339) folgende Erklärung zu:

Alle Sicherheitsmaßregeln, welche in steuerlicher Beziehung am Lutterföcher, an der Maischkolonne, sowie an allen anderen Gefäßen, an denen Ventile vorhanden sind, angebracht werden, sind ebenso nutzlos, wie die Sicherheitsmaßregel am Lutterföcher an der Vorlage; denn wie man trotz der Plombirungen durch die Ventile Flüssigkeiten oder Alkoholdämpfe abziehen kann, kann man aus dem Lutterföcher an der Vorlage durch die Oeffnungen, durch welche Luft ein- und ausströmt, vermöge einer Saugpumpe sehr leicht Spiritus abziehen, wovon die Steuerbehörde überzeugt worden ist. Wenn man daher mit solcher Leichtigkeit und Schnelligkeit Spiritus defraudiren kann, ist doch wohl jede Sicherheitsmaßregel gegen Abziehen von dem so geringwerthigen Lutter ganz überflüssig.

Wielichowo, Kreis Schmiegel, den 22. Oktober 1898.
J. Sledzowa, Brennerei-Verwalter.

Ueber die Vorschriften für die steuerlichere Herrichtung der Brennereien zum Betriebe.

Beim Pr. Finanzministerium ist kürzlich der Antrag gestellt, davon absehen zu lassen, daß die Maischrohrleitung in der Brennerei, gemäß der Bestimmungen im § 57a der durch

den Finanzministerialerlaß vom 15. Mai 1897 III 6116 in Wirksamkeit gesetzten Vorschriften für die steuerlichere Herrichtung der nicht abgefundenen Brennereien zum Betriebe geändert werde. Der Finanzminister hat auf diesen Antrag erwiedert und diese Erwiedering in Abschrift sämtlichen beteiligten Steuerbehörden zur Beachtung zugehen lassen, daß diese sowie verschiedene andere Bestimmungen der genannten Vorschriften in den endgültigen Ausführungsbestimmungen zu den Branntweinsteuergesetzen voraussichtlich eine mehr oder weniger erhebliche Aenderung erfahren werden und im Hinblick hierauf dem Antrag stattgegeben. Zugleich sind die Steuerbehörden ersucht worden, auch in allen nicht abgefundenen Brennereien von der Durchführung der genannten Vorschriften bis auf Weiteres absehen zu lassen. Es handelt sich hierbei um die Erfüllung der Vorschriften, daß die Maischrohrleitung so frei liegen soll, daß die Verbindung zwischen ihr und den Maischbottichen durch an- oder abschraubbare Schläuche oder Rohrstücke hergestellt werden kann. Wo dies nicht möglich ist, die Maischrohrleitung vielmehr nur unter den Bottichen angebracht werden kann, muß nach jener jetzt beanstandeten Vorschrift der Verschluß der Abflußöffnungen durch Schraubenverschlüsse von Metall erfolgen, die nur mit einer einsetzbaren unten offenen Gabel von Metall geöffnet werden können. Holztöpfe zum Verschluß der Abflußöffnungen sind nach jener Bestimmung verboten. Für bestehende Brennereien konnte das zuständige Hauptamt so lange Ausnahmen gestatten, bis aus andern Gründen ein Ersatz der vorhandenen Einrichtung nöthig wird.

Entziehung der Abgaben.

Entscheidung des Reichsgerichts
(II. Strafsenat) vom 29. April 1898

Die in dem Regierungsbezirk R. für Bewohner des Grenzbezirks gegebene Erlaubniß zur Einfuhr einzelner Stücke ausgeschlachteten Schweinefleisches in Mengen von nicht mehr als 2 Kg. läßt das dort für Schweinefleisch erlassene Einfuhrverbot auch für die Bewohner des Grenzbezirks grundsätzlich bestehen. Eine über die gesetzte Schranke der Vergünstigung hinausgehende Einfuhr ist daher als Kontrebande im Sinne des § 134 BZG, nicht als bloße Verletzung einer Einfuhrbeschränkung anzusehen.

Ein lebhaft betriebener Schmuggel wurde auf den Rähnen der Spree, Havel und Elbe aufgedeckt. Ein Hamburger Haus hat seit Jahren schmiedeeiserne englische Schiffsketten direkt aus dem Freihafengebiet an die Schiffer der Binnengewässer verkauft, wodurch dem Staate bedeutende Summen an Zoll entzogen wurden. Aus den beschlagnahmten Büchern der Firma geht hervor, daß etwa 500 Schiffer solche Ketten direkt aus dem Freihafengebiet erhalten haben. Die Steuerbehörde hat eine Revision aller größeren Rähne, welche Spree, Havel oder Elbe befahren, angeordnet.

Persönliche Dienstverhältnisse.

Preuß. Staats-Ministerial-Beschluß
v. 9. Juli 1898 betreffend Tagegelde-Vergrütungen bei Dienststreifen.

Beamte, welche für eine vorübergehende Beschäftigung außerhalb ihres Wohnorts die vollen, ihnen gesetzlich bei Dienststreifen zustehenden Tagegelde beziehen, erhalten daneben bei Vornahme von Dienststreifen keine Tagegelde. Beamte, welche für eine derartige Beschäftigung ermäßigte, hinter dem ihnen bei Dienststreifen zuständigen Tagegeldevertrage zurückbleibende Tagegelde oder Bauschvergrütungen beziehen, erhalten daneben bei Vornahme von Dienststreifen die ihnen nach Art der betreffenden Dienststreifen gesetzlich oder verordnungsmäßig zustehenden Tagegelde unverkürzt.

Sonst und jetzt.

Den Reaktionsgelüsten einiger allzu dienstbereiter

Blätter gegenüber die bei Erörterung des f. Z. ausgestreuten, Fühlers wegen Beschneidung der staatsbürgerlichen Rechte der Staatsbeamten zu Tage traten, freut es uns, denselben ein Ministerial-Rescript vom 24. August 1849 vorhalten zu können, welches uns zufällig vor Augen gekommen ist.

Dasselbe lautet:

Im Allgemeinen, muß daran festgehalten werden, daß den Staats- und also auch den Rassen-Beamten, ihre Politischen Rechte unter der Annahme ihrer Unentbehrlichkeit in ihrer amtlichen Stellung nicht verkümmert werden dürfen. — Wenn dies wegen der Vertretungskosten bei Einberufungen als Lindtages-Abgeordnete, Gischow-rene gilt, dann muß es auch allgemein gelten.